

# Weitere Rezensionen

## **Werbung für die Demokratie oder für die Regierung?**

**Gudrun Hentges: Staat und politische Bildung.  
Von der "Zentrale für Heimatdienst"  
zur "Bundeszentrale für politische Bildung"**

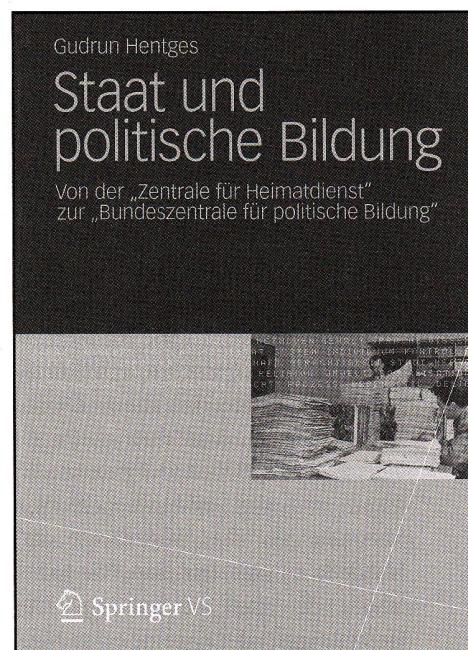
Wiesbaden 2012: Springer VS. ISBN-13: 978-3531186702, 493 Seiten, 49,95 €

"In ruhigen Zeiten tritt das, was die Bundeszentrale tut, wenig ins Blickfeld. Deutet das innenpolitische Barometer jedoch auf schlechtes Wetter, so freuen sich plötzlich alle, dass es einen 'positiven Verfassungsschutz', nämlich die Bundeszentrale und die Landeszentralen gibt. Das war so während der antisemitischen Hysterie vor fünf Monaten. Damals schmückte sich mancher Minister mit ihren Federn." Diese Bemerkung stammt von Carl-Christoph Schweitzer, Gründungsreferent und langjähriger Mitarbeiter der Bundeszentrale für Heimatdienst. Sie fiel wohl in einem sog. Hintergrundgespräch mit einem Redakteur der FAZ, der sie unter dem Titel "Reklame für die Demokratie" veröffentlicht (Eberhard Blitzer FAZ vom 15.6.1960). Diese an und für sich harmlosen Bemerkungen führen zu einer Überprüfung Schweitzers durch das Bundesministerium des Inneren (BMI), dem die damalige Zentrale für Heimatdienst untersteht: Wie dieser dazu komme, sich in dieser Weise abwertend gegenüber dem Innenminister zu äußern? (S. 327, Anmerkung 375). Mit der "antisemitischen Hysterie" sind die sog. "Hakenkreuzschmiereien" angesprochen, die Weihnachten 1959 die erst wenige Monate zuvor unter Beisein von Bundeskanzler Konrad Adenauer eingeweihte Kölner Synagoge verschandelten und bundesweit Nachahmung fanden. Sie lösten eine breite nationale und internationale Diskussion aus, die manchen als eigentlichen Impulsgeber für eine moderne politische Bildung ansehen.

Die äußerst gründliche und anre-

gende Aktenstudie von Gudrun Hentges, Professorin für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda, ist übergelb mit solchen kleinen und größeren Verwicklungen und Kompetenzrangeleien. Ihre Behörden-geschichte bekommt manchmal eine geradezu kriminalistische Färbung. Die im Juli 2013 von der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln als Habilitationsschrift angenommene Publikation ist, mit leichter Verzögerung, ein angemessen kritisches Beiprogramm zum 60jährigen Jubiläum des "Erfolgsmodells" Bundeszentrale. Im Vorwort verweist Christoph Butterwege von der Universität Köln auf den "'bildungs-politischen' Sonderweg" (S. 6), den die Bundesrepublik Deutschland mit der Schaffung einer überparteilichen Zentrale, die zugleich dem Innenministerium untersteht, beschritten habe.

Angesichts ihrer Bedeutung und Exponiertheit — etwa ein Drittel der Bevölkerung geben laut Allensbach an, die Bundeszentrale zu kennen — ist es eigentlich erstaunlich, wie wenig diese Institution bislang in das Blickfeld der Forschung gerückt ist. Neben einer frühen kleinen Schrift von Johannes Karl Richter ("Die Reichszentrale für Heimatdienst", Dissertation 1963) — aus dem Jahr der Umbenennung der Bundeszentrale für Heimatdienst in Bundeszentrale für politische Bildung — und einer Qualifikationsarbeit von Benedikt Widmaier ("Die Bundeszentrale für politische Bildung", 1997) liegt vor allem die akribische Studie



des renommierten Zeithistorikers Klaus Wippermann "Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung" (1976) zur Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik vor. Da die Wippermann-Studie in der Schriftenreihe der Bundeszentrale erschienen war, wäre es konsequent, wenn die Hentges-Studie nun ebenfalls in dieses Reihenprogramm aufgenommen würde.

Bei Wippermann werden auch die ideologischen Anfänge in den Wirren des 1. Weltkrieges — "Heimatdienst" als Pendant zum "Frontdienst" — aufgezeigt, woran Hentges einleitend erinnert. Die erste Zentrale für Heimatdienst sei somit eigentlich eine Einrichtung aus dem Kaiserreich gewesen, die das Ende der Monarchie überlebt und in der Weimarer Republik fortbestanden habe. Als sie Mitte März 1933 aufgelöst wurde, kommentierte dies deren langjähriger Leiter Richard Stahl (1884-1957) folgerichtig mit nur geringem Bedauern, schließlich habe der Gedanke einer staatlichen Aufklärungsarbeit mit der Errichtung eines Reichspropagandaministeriums unter Leitung von Joseph Goebbels seine Kontinuität behalten und zugleich eine adäquate Organisationsform gefunden!



Der Leiter des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda saß bereits seit 1928 für die NSDAP im Kuratorium der Reichszentrale.

Aus dieser Vorgeschichte entwickelt die Studie ihre kritischen Fragestellungen für das erste Jahrzehnt der neuen Einrichtung von 1952 bis 1963: Ging es um Werbung für die parlamentarische Demokratie, um Propaganda für die Regierung oder um Aufklärung des mündigen Bürgers? Orientierte sich die Bundeszentrale für Heimatdienst an der Konzeption der westlichen Besatzungsmächte — Reeducation, Reorientation, Demokratisierung — oder entwickelte sie eigene Konzeptionen und grenzte sich damit von den bildungspolitischen Vorstellungen der Westmächte ab? Handelte es sich um eine Wiederbelebung der alten Reichszentrale für Heimatdienst oder um eine echte Neugründung? Damit leistet die Studie indirekt auch einen bildungspolitisch ergänzenden Beitrag zur anhaltenden Debatte über Kontinuität oder Bruch in der akademischen Pädagogik geisteswissenschaftlicher Prägung an den Wendepunkten 1933 und 1945.

Als Materialbasis dienen u. a. korrespondierende Akten des Bundeskanzleramtes, des Bundesministerium des Innern und des Bundesministerium für gesamtdeutsche Angelegenheiten. Ausgewertet wurde zudem der Nachlass von Paul Franken (1903-1984), dem langjährigen Vorsitzenden der Zentrale von ihrer Neugründung 1952 bis 1968. Ergänzend wurden 2003 drei Hintergrundgespräche geführt, u. a. mit dem bereits erwähnten Carl-Christoph Schweitzer (\*1924), der bereits ab 1951 als Gründungsreferent tätig war, später im persönlichen Stab des Bundespräsidenten Heinrich Lübke arbeitet und dann als Professor für Internationale Politik mit dem Schwerpunkt Außenpolitik der USA in Berlin und Bonn lehrte.

Für eine Lektüre der fast 500 Seiten ist es nicht notwendig, mit Teil I zu den bildungspolitischen Vorstellungen der Alliierten einzusteigen, da es sich hier vornehmlich noch um die

Wiedergabe bereits vorliegender zeit-historischer Forschungsstände handelt. Teil II zur Entstehungsgeschichte steht unter "Wiederbelebung oder Neugründung?" und berichtet von spannenden transatlantischen Diskussionen. In den USA bestand ein Public Administration Clearing House, sein in Frankfurt am Main ansässiges deutsches Pendant, auf Anregung der US-amerikanischen Militärregierung gegründet, firmiert zeitweise unter dem Namen "Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten". Ebenso kann man mit zwei biographischen Fallstudien zu markanten personalpolitischen Konflikten in der Zentrale in Teil III einsteigen:

1. Die Debatten um die Historikerin und Publizistin **Renate Riemeck** (1920-2003), die seit 1955 als jüngste Professorin für Geschichte und politische Bildung an der Evangelischen Pädagogischen Akademie in Wuppertal lehrte. 1941 NSDAP-Mitglied mit Aussicht auf eine glänzende Karriere im NS-Wissenschaftssystem, wird sie nach dem Krieg zunächst SPD-Mitglied, später in der Anti-Atombewegung Vorsitzende der Internationale der Kriegsdienstgegner und Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensunion (DFU). Öffentliche Aufmerksamkeit erhält Riemeck 1971 als Verfasserin des Aufrufs an ihre Pflgetochter Ulrike Meinhof "Gib auf, Ulrike" in der Zeitschrift *Konkret* (S. 313). Riemeck hatte 1957 auf einer Tagung der Zentrale in der Grenzakademie Sankelmark referiert und ihr Vortrag wurde unter dem Titel "Der Beitrag des Geschichtsunterrichts zur politischen Bildung" in der Schriftenreihe der Zentrale veröffentlicht. Erst drei Jahre später, mit der Publikation der 3. Auflage, wird weniger der Inhalt des Beitrages zum Politikum als die Beteiligung einer Hochschullehrerin, die sich gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr engagierte. Schlagzeilen in der Presse wie "Riemeck prüft Marx" werfen ihr "böartige Ausfälle gegen die Bundesregierung" vor. Ein Argument lautet, mit der Aufnahme von Riemecks Vortrag in den Tagungsband werde die Autorin gegenüber den arglosen Lesern geadelt,

zumal es sich hier um Volksschullehrer handele, die aufgrund von Arbeitsüberlastung und mangelnden Informationsmöglichkeiten diese Publikation als regierungsamtlich einschätzen und weitgehend unkritisch rezipieren würden. "Wenn Frau Riemeck schon nicht den Takt und die intellektuelle Redlichkeit besitzt, um von sich aus den Dienst in der Bundesrepublik, den sie offensichtlich nicht als ihren Staat ansieht, zu quittieren und wenn die zuständige Dienstaufsichtsbehörde in Nordrhein-Westfalen bislang keine Veranlassung oder Möglichkeit gesehen hat, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dann wird aber sicherlich der kritische Leser der Schriften der Bundeszentrale mit Recht fragen, ob eine Institution, deren Aufgabe es ist, den Gedanken der freiheitlichen Demokratie im Volke lebendig zu machen, gut beraten ist, wenn sie ihren Namen dazu hergibt, um unter Verwendung öffentlicher Mittel einer erklärten Gegnerin unserer Staatsordnung die Agitation gegen die Bundesrepublik zu erleichtern." (Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen an den Bundesminister des Innern, 1960; Hentges S. 315) Die Leitung der Bundeszentrale macht daraufhin einen Rückzieher, indem die Auslieferung der 3. Auflage gestoppt wird; beteuert wird, es sei "noch kein einziges Stück der 3. Auflage hinausgegeben worden". Die Verantwortung wird auf einen unbedarften Hilfsreferenten abgewälzt, der die Einstellung von Frau Riemeck nicht kenne, und der den Druck der 3. Ausgabe genehmigt habe. Auch in anderen Konfliktfällen zeigt die Leitung der Zentrale nicht gerade Rückgrat.

2. Ein weiterer öffentlicher Konflikt entzündet sich an der Person von **Walter Jacobsen** (1895-1986), dem Leiter des Referates Psychologie. Der Name von Walter Jacobsen ist vielleicht auch jüngeren politischen Bildnern noch bekannt durch den "Forschungsfonds Psychologie der politischen Bildungsarbeit", den die DVPB seit 1976 verwaltet (DVPB Satzung § 13). Jacobsen veröffentlicht eine Deutung der oben erwähnten antisemitischen Anschlagswelle, darin ist von "Hitler in uns" und von einer "Schizophrenie in unserem



Volk" die Rede. Die Kritik u. a. des damaligen Innenministers, Gerhard Schröder, und seines Staatssekretärs bezeichnet derartige überspitzte und gleichzeitig verallgemeinernde Thesen in einer bundesoffiziellen Publikation als "unerträglich". Jacobsen kann sich einer angetragenen Frühpensionierung widersetzen, aber nicht verhindern, dass sein Referat künftig auf die Betreuung der "Spezialität Weihnachtspreisausschreiben" beschränkt wird (S. 313ff.). Die Zentrale hatte Angebote, bei der Bearbeitung der antisemitischen Vorfälle Emigrantorganisationen einzubeziehen, die sie aber nicht nutzt. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist die Zentrale gegenüber Vertriebenenverbänden keineswegs skeptisch eingestellt, was die Verletzung der Neutralität der Institution betrifft. Ein genereller "Maulkorberlass" des BMI unter Minister Gerhard Schröder gegenüber der Zentrale, als "Maßnahme der innerbehördlichen Rationalisierung" verbrämt (S. 329), nach dem *alle* Manuskripte vor Drucklegung der Zustimmung des BMI bedürften, muss im Laufe der 1960er Jahre schrittweise wieder zurückgenommen werden und wird am 1. April 1970 außer Kraft gesetzt.

Der abschließende Teil IV (S. 341-430) widmet sich den personellen und konzeptionellen Querelen im Vorfeld der Gründung des Ost-Kollegs der Bundeszentrale in Köln 1957, das im Kalten Krieg eine wichtige Rolle bei der "geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus" spielen soll (vgl. dazu Werner Maibaum: "Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst. Gründungsgeschichte und Aufbauphase", 2004). Damit hat sich Mitte der 1950er Jahre ein Paradigmenwechsel vollzogen, wie Hentges abschließend bilanziert: "In der Zukunft wird die Bundeszentrale in vorsichtiger Form noch mehr Mittel für diesen Zweck einsetzen, da die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und die Thematik Judentum nicht mehr so stark im Vordergrund zu stehen braucht wie in den Zeiten des Aufbaus der Bundesrepublik." (BA Koblenz: Betr. Psychologische Abwehr des Kommunismus; Hentges, S. 442)

Die Behördengeschichte von Hentges arbeitet zwingend die These einer starken Kontinuität der Eliten und ihrer gut funktionierenden Seilschaften, den *old boys networks*, heraus. Die Darstellung der Aktenbestände ist an manchen Stellen vom Inhalt her schwer zu gliedern, weshalb es auch Wiederholungen gibt. Wenn der Leser in den akribischen Detailstudien einmal die Übersicht verloren hat, so können die offen und verdeckt handelnden Akteure mit ihren Lebensläufen und Publikationen vor und nach 1945 gut über das Personenregister erschlossen werden.

Aus Sicht einer an Lernprozessen orientierten politischen Bildung wären für künftige Detailauswertungen weitere Differenzierungen in den biografischen Verläufen ein Erkenntnisgewinn: Verdeutlicht man sich den Charakter eines totalitären Systems wie der nationalsozialistischen Diktatur, ist es nüchtern betrachtet nicht so überraschend, dass sich große Teile der neuen demokratischen Eliten aus Personal mit systemnahen Biografien rekrutieren. Aber bedeutet "Einmal Nazi, immer Nazi"? Wie gehen Eliten unterschiedlich mit erkannter oder verdrängter Schuld um? Was unterscheidet unbelehrbare Altnazis von nur äußerlich maskierten oder glaubwürdigen, "echten" Demokraten? Inwiefern kann eine Institution wie die Zentrale selbst als Durchlauferhitzer für Demokratie-Lernen fungieren, wie es Theodor Litt als "Politische Selbsterziehung des deutschen Volkes" im ersten Heft der Schriftenreihe der Zentrale (1953) formuliert?

Zur Beantwortung solcher Fragen wird es notwendig, die praktische Arbeit der Zentrale und ihre Wirkung zu analysieren. Eine systematische curriculare-didaktische Analyse der Publikationen oder eine Wirkungsanalyse der durchgeführten öffentlichen Veranstaltungen der Zentrale kann und will die Studie von Hentges noch nicht sein. Dies erforderte gesonderte quantitative und qualitative Untersuchungsmethoden, u. a. der modernen Bildungsmedienforschung.

Aber das Kapitel "Arbeitsmethoden" (S. 266-309) ermöglicht interessante erste Einblicke in das vorhandene Material und wirft explorative Fragestellungen für Anschlussarbeiten auf, die vielleicht in Zusammenarbeit mit dem Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig systematischer bearbeitet werden könnten. Die Zentrale nutzt von Anfang an unterschiedliche Medien. Es gibt bereits einen Wettbewerb, das Weihnachtspreisausschreiben. Der sog. "Mecki-Film" zur Förderung der Wahlbeteiligung soll der indirekten Beeinflussung dienen und wird, ausgestattet mit einem Etat von drei Millionen DM, vor der Bundestagswahl 1953 in allen Kinos den Wochenschauen angehängt. Ein Spiel trägt den Titel "Panorama. Europa hat schon begonnen" (1956). Auslagen in Eisenbahnabteilen und Lesezirkelmappen werden genutzt. Sog. Leitartikel- und Materndienste, Druckvorlagendienste an Redaktionen, führen zu Beilagen in Illustrierten wie "Magazin der Hausfrau" oder "Hausfrauenblatt". Artikel mit Titeln wie "Schranken werden unmodern", "Interview mit Mademoiselle" (beide zur Montanunion, 1954) und "Lippenstift und Entwicklungshilfe" werden exemplarisch analysiert. Gegenstand eines Artikels "Rendezvous im JUKA" (1962) sind Vorurteile gegen Juden, denn die Abkürzung JUKA steht für Juden-Cafe. Hentges arbeitet an diesem Beispiel überzeugend heraus, dass hier die These von der deutschen Kollektivschuld auf eine Stufe mit allen möglichen anderen Vorurteilen gestellt und damit relativiert wird. "Während die Unterschiede zwischen den Juden als Opfer der NS-Vernichtungspolitik und den Deutschen als 'Tätervolk' mit keinem Wort erwähnt wurden, sondern lediglich auf die unzulässigen Verallgemeinerungen abgehoben wurde, wurden auch die Deutschen als Opfer (von Vorurteilen aus dem Ausland) stilisiert und mit den Juden als Opfern des Holocaust parallelisiert." (S. 282) An diesen Medien kann der curriculare Umgang mit dem konzeptionellen Methodenstreit um das Verhältnis von Propaganda,



Public-Relations und Politischer Bildung, um die direkte oder indirekte Methode der Beeinflussung konkret verfolgt werden.

Wenn in den Diskussionen über "Werbung für Demokratie" letztlich deutlich wird, es könne einer Einrichtung wie der Bundeszentrale nicht um die Zustimmung zu einer Meinung, sondern um die Auslösung einer konkreten gesellschaftlichen oder politischen Aktivität (z. B. Wahlbeteiligung) gehen, dann sind damit Untersuchungsperspektiven auch für das gegenwärtige Selbstverständnis einer Bundeszentrale ausgewiesen, die sich in der digitalen und globalisier-

ten Welt noch viel breiter der Öffentlichkeitsarbeit verschrieben hat. Die Begrenzung des Untersuchungszeitraums vom Jahr der Gründung 1952 bis zum Jahr der Umbenennung 1963 wird für die 1960er Jahre teilweise schon überschritten. Insgesamt unterliegt die Interpretation von heute aus gesehen dem Deutungsmuster "Feindbildkonstruktion" und "Lagerdenken", wie Hentges selbst (-kritisch) bilanziert (S. 448). Inwieweit hier andere thematische Schwerpunkte der Zentrale, z. B. die europapolitische Bildungsarbeit, nicht nur bekräftigen, sondern auch gegenläufige Tendenzen setzen, bleibt weiteren Unter-

suchungen vorbehalten. Ebenso die Frage, ob mit der Umbenennung 1963 sich auch ein Konzeptwechsel in der praktischen Arbeit abzeichnet. Auch das Verhältnis der Bundeszentrale zu den Landeszentralen könnte manche Akzente noch einmal verschieben, etwa eine Betrachtung der Hessischen Landeszentrale für Heimatdienst, und die Frage (S. 448) nach den Alternativen für politische Bildung im Zeichen des Kalten Krieges beantworten helfen. Mit Recht fordert die Autorin Folgestudien für die Jahrzehnte der Bundeszentrale nach 1963.

*Tilman Grammes,  
Universität Hamburg*

## **Soziale Aufstiegsprozesse: Habitustransformationen als Synthesen und Opposition**

**Aladin El-Mafaalani: BildungsaufsteigerInnen aus benachteiligten Milieus — Habitustransformation und soziale Mobilität bei Einheimischen und Türkeistämmigen**

Wiesbaden 2012: Springer VS. 345 S., ISBN 978-3-531-19320-5, 39,95 €

Die vorliegende Dissertation von Aladin El-Mafaalani, Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Münster, geht von dem Faktum aus, dass in Deutschland in besonders ausgeprägter Weise ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Bildungserfolg und sozialem Status im Erwachsenenalter festgestellt werden kann. Für den Autor steht angesichts der konstatierten sozialen Ungleichheit die Frage im Mittelpunkt seiner Untersuchung, wie im Rahmen des vertikalen Paradigmas in der sozialen Ungleichheitsforschung Bildungsaufstiegsprozesse gedeutet werden können. Er geht von der Annahme aus, "dass man über die Mechanismen von Bildungsungleichheit mehr erfährt, wenn nicht die Barriere selbst, sondern die Bedingungen ihrer Durchlässigkeit untersucht werden" (El-Mafaalani, 11). Hierbei werden primär die sozialen Konstellationen sowie die psychosozialen Anforderungen, die mit einem

Bildungsaufstieg verbunden sind, analysiert. Es geht in diesem Zusammenhang um eher "unwahrscheinliche" Bildungsaufstiege von türkischstämmigen sowie deutschstämmigen Erwachsenen aus bildungsfernen Milieus in oberste akademische Bildungsränge von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur.

Auf der Basis der Bourdieuschen Habitusstheorie geht El-Mafaalani von drei zentralen Fragestellungen nach:

- ▶ Wie haben die Aufsteiger/innen in ihren individuellen Bildungskarrieren die Restriktionen der sozialen Herkunft erfolgreich überwunden?
- ▶ Welche typischen Unterschiede bestehen dabei zwischen Einheimischen und Migrant/inn/en, welche zwischen Männern und Frauen?
- ▶ Wie lässt sich die Transformation der Herkunftsbedingungen mit dem Habitusbegriff fassen? (ebda., 15)

Mit Hilfe des narrativen Interviews als Erhebungsverfahren und der dokumentarischen Methode als Auswertungsverfahren, die sich explizit auf Bourdieus Habitusstheorie unter Einbeziehung einer mehrdimensionalen Typenbildung stützt, werden die Aufstiegsprozesse von acht Interviewten — vier Männern und vier Frauen — ausführlich und vergleichend rekonstruiert.

Diese qualitative Biographiestudie ist aufgrund ihres innovativen Ansatzes für politische BildnerInnen in besonderer Weise relevant, da Aladin El-Mafaalani sowohl "unterschichtspezifische" Brüche als auch migrationspezifische Grenzen aufzeigt, welche die Aufsteiger auf ihrem Weg nach oben überwinden müssen. Talent und Fleiß alleine reichen hier nicht aus, der Bildungsaufstieg erweist sich eher als eine langfristige Herausforderung, die meist durch "fördernde Dritte" zur richtigen Zeit am richtigen Ort begünstigt wird. Zugleich werden enorme Differenzenerfahrungen, die teilweise zu einer Entfremdung vom Herkunftsmilieu führen, herausgearbeitet, die den in der Regel positiv konnotierten sozialen Aufstieg ambivalent erscheinen lassen.

Das Buch gliedert sich in 9 Kapitel. Nach der Einleitung legt El-Mafaalani in Kapitel 2 die Ergebnisse quantitativer Bildungsforschung dar, wobei er plausibel verdeutlicht, dass der Herkunftseffekt über die gesamte Biografie nachweisbar bleibt.